

Digital-Freiheitsindex 2014

Der Bürger will keine Freiheit, sondern mehr Staat

von ~~von~~ Niklas Dummer

Um die deutsche Freiheit ist es nicht gut bestellt – zu diesem Ergebnis kommt der [Freiheitsindex des John Stuart Mill Instituts](#). Besonders der Digital-Schwerpunkt birgt interessante Erkenntnisse. [Drucken](#)



Das Logo von Facebook: „Ein Nutzer hat schlichtweg kaum sinnvolle Möglichkeiten sich vor Überwachung zu schützen, die den heutigen Ansprüchen und Gewohnheiten entsprechen“, sagt Linus Neumann, IT-Sicherheitsexperte des Chaos-Computer-Clubs.

Quelle: dpa

Seit der NSA-Affäre dürfte den meisten klar sein: Internetkommunikation ist längst nicht mehr sicher. Wer bei [Facebook](#) private Nachrichten verschickt, Mails versendet, etwas bei [Amazon](#) bestellt oder telefoniert, sollte sich bewusst sein – die Kommunikation ist einsehbar.

Das verändert den Blick der Bürger auf den Datenschutz. Mittlerweile findet es nur jeder zehnte Bundesbürger in Ordnung, wenn Telefon- und Internetverbindungen über Monate gespeichert werden. Viel tiefere Eingriffe in die Freiheit, wie flächendeckende Gentests an allen Bürgern oder Terrorverdächtige ohne Beweise zu inhaftieren, erscheint mehr als doppelt so vielen angemessen.

Das geht aus dem „Freiheitsindex Deutschland 2014“ ([.pdf](#)) hervor. Den erstellt das John Stuart Mill Institut seit 2011 gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach und dem Institut für Publizistik der Universität Mainz.

Grundlage des Index

Alles anzeigen

► Die Datenbasis

Der Index setzt sich aus drei Hauptkomponenten zusammen: In einer repräsentativen Bevölkerungsfrage auf der Grundlage von 1550 Einzelinterviews werden anhand von 15 Fragenkomplexen die subjektive Bedeutung des Werts der Freiheit abgefragt.

Weiter wird die gesellschaftliche Wertschätzung des Werts der Freiheit im Wettbewerb mit Gleichheit, Sicherheit und Gerechtigkeit gemessen, das subjektive Freiheitsempfinden der Bürger und die Staatsorientierung, die Einstellung zu Verboten und staatlichen Interventionen.

In einem dritten Schritt wird die Berichterstattung einiger ausgewählter Printmedien zum Thema Freiheit analysiert und ausgewertet.

► Die Autoren

Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) sowie der Medienforscher Thomas Roessing vom Institut für Publizistik der Universität Mainz (IfP) haben gemeinsam die Daten, aus denen sich der Index zusammensetzt erhoben.

Verantwortlich für die Auswertung ist das John Stuart Mill Institut.

► Die Skala

Der Index bildet den Zustand der politischen und individuellen Freiheit in einer Zahl zwischen -50 und 50 ab, wobei ein positiver Wert für ein Überwiegen der Freiheit gegenüber anderen Werten wie Sicherheit steht; ein negativer steht entsprechend für ein Unterliegen. Das gibt die Möglichkeit, den ermittelten Indikator über Jahre zu betrachten. 2011 lag das Ergebnis bei -3, im Folgejahr stieg er auf -0,7, im vergangenen Jahr fiel er wieder auf -2,7. In diesem Jahr erreichte der Index seinen Tiefpunkt: Das Ergebnis lag bei -7.

► Bildung des Index

Zur Bildung des Freiheitsindex werden die wichtigsten Informationen aus Umfrage und Inhaltsanalyse zu einer Maßzahl zusammengeführt. Der endgültige Index ist der Durchschnitt aus den drei Teilindices – die alle zu Ergebnissen zwischen -50 und 50 gelangen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Enthüllungen des NSA-Whistleblowers Edward Snowden das deutsche Freiheitsempfinden zwar beeinflusst, aber nicht unbedingt zwingend verändert haben.

Die Studie wollte der Frage nachgehen, welchen Wert Freiheit im Verhältnis zu Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit besitzt - und zwar auf einer Skala von minus 50 bis plus 50. Heißt konkret: Je höher der Wert, desto wichtiger ist Freiheit gegenüber den anderen Werten. Das diesjährige Ergebnis lautet minus 7 - das ist der mit Abstand schlechteste Wert seit Beginn der Messung 2011.

Die Ergebnisse im Überblick

Alles anzeigen

► Annäherung von West- und Ostdeutschland

„Wir können eine zunehmende Annäherung zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland beobachten“, heißt es im Bericht. Interessanterweise nähme im Westen die Wertschätzung der Gleichheit zu und im Osten die der Freiheit. In beiden Teilen Deutschland sei der Ruf nach Verboten leicht rückläufig. Das subjektive Freiheitsgefühl der Bevölkerung sei gleichgeblieben.

► Die Medienanalyse

Die Medieninhaltsanalyse treibe den diesjährigen Index nach unten. In der Berichterstattung trete die Freiheit zunehmend in den Hintergrund. Gesellschaftliche Aufgaben würden als Staatsaufgaben betrachtet und die Perspektive des Verbots überwiege gegenüber der Perspektive der Selbstbestimmung. Ginge es um Gesetze, sei vor allem von Einschränkung die Rede.

► Schwerpunkt: Digitale Revolution

Es gibt offensichtlich keinen deutlichen Zusammenhang zwischen der Freiheitsaffinität der Bürger und ihrem Verhältnis zum Internet. Die Freiheitsorientierung der Befragten berühre nicht das Ausmaß ihrer Beunruhigung, ob im Falle der Sammlung und Ausspähung persönlicher Daten im Internet die Freiheit gefährdet ist. Das heiße, der Freiheitsdiskurs sei im Bewusstsein der Bevölkerung vom Thema Internet entkoppelt.

Die gefühlte Totalüberwachung durch amerikanische Geheimdienste und die Sammelwut von [Facebook](#), [Google](#) oder Amazon hinterlässt ihre Spuren im Freiheitsverständnis der Bürger. Zwei Drittel der Befragten schätzen die Überwachung durch ausländische Geheimdienste als größte Gefahr für ihre Freiheit ein.

Darauf folgen das Sammeln von Nutzerdaten durch Unternehmen und die Weitergabe an andere Unternehmen oder Staaten - beides fürchten über 60 Prozent der Befragten - mehr noch als den internationalen Terrorismus, der an vierter Stelle folgt. Eingriffe des Sozialstaats, Videoüberwachung oder Einschränkungen der Meinungsfreiheit seien dagegen kleinere Übel für die Freiheit.

Der Ruf nach dem Staat überwiegt

Den Gefahren des Internets sind die Bürger sich also durchaus bewusst – ihr Handeln spiegelt das allerdings nicht wieder. Nur jeder Vierte ändert regelmäßig seine Passwörter, jeder Dritter blockiert Cookies und jeder Fünfte verschlüsselt seine E-Mails. Aus gutem Grund.

„Ein Nutzer hat schlichtweg kaum sinnvolle Möglichkeiten sich vor Überwachung zu schützen, die den heutigen Ansprüchen und Gewohnheiten entsprechen“, sagt Linus Neumann, IT-Sicherheitsexperte und einer der Sprecher des Chaos-Computer-Clubs. „Wer sich über die Privatsphäre-Problematik bei Facebook ärgert, muss einsehen, dass es keine Alternative gibt, die den gleichen Funktionsumfang bietet, geschweige denn die Nutzerbasis.“

Wer die Vorzüge sozialer Netzwerke nutzen will, muss mit seinen Daten bezahlen. „Den Nutzern ist oft gar nicht bewusst, wie mit ihren Daten umgegangen wird“, sagt Jörg Schmidt, Geschäftsführer des John Stuart Mill Instituts. „Sie denken, es wird schon irgendwie gut gehen und genießen die positiven Effekte von Angeboten, die vermeintlich kostenlos zur Verfügung stehen.“

Eine Änderung ist mittelfristig nicht in Sicht. Ein Blick auf Googles Quartalszahlen genüge, um zu sehen: „Die Monetarisierung unserer Nutzerdaten durch gezielte Werbung ist immer noch das lukrativste Modell“, so Neumann.

Dementsprechend fatalistisch ist die Haltung in der Bevölkerung: „Es ist irgendwie gefährlich, aber es ist auch unvermeidlich – und es wird schon gut gehen“, beschreiben die Autoren die Sicht des Bürgers. Statt selbst zu handeln, überwiegt der Ruf nach dem Staat: Jeder dritte Befragte fordert Staatseingriffe und ein Verbot für Unternehmen, persönliche Daten zu speichern. Bei den älteren Befragten steht beinahe jeder zweite hinter dieser Forderung.

Der Ruf nach Verboten

Alles anzeigen

- ▶ Platz 1
- ▶ Platz 2
- ▶ Platz 3
- ▶ Platz 4
- ▶ Platz 5
- ▶ Platz 6
- ▶ Platz 7

„Die Bürger, die wir befragt haben, verweisen auf den Staat und die Politik als regulierende Instanz“, sagt Schmidt. Dafür verzichten sie gerne auf andere Freiheiten: Internetseiten mit radikalen Inhalten sperren oder die Internetaktivitäten sämtlicher Bürger überwachen, um die Verbreitung Kinderpornographie zu verhindern, ist für weite Teile der Bevölkerung in Ordnung. „In der Tendenz steht die Sicherheit immer vor der Freiheit – gerade wenn es um Terrorismusbekämpfung geht“, erklärt Schmidt.

Überhaupt hat der Bürger trotz der Machenschaften von NSA und BND ein erstaunlich hohes Vertrauen in den Staat. Unternehmen, die mit Daten hantieren, steht er dagegen kritisch gegenüber: Drei Viertel der Befragten misstrauen ihnen, jeder Zweite misstraut dem Staat. Eine Ausnahme bilden hier die jüngeren: Sie trauen eher den Unternehmen als dem Staat.

„Die älteren Menschen haben sich noch nicht so stark an die moderne Technik gewöhnt“, vermutet Schmidt. „Zudem sind sie generell konservativer und daher staatsgläubiger.“ Für die Jüngeren dagegen sei es üblich ihre Daten als Kompensation für Leistungen bereitzustellen.

„Die Gefahren für die Freiheit wird von der Bevölkerung zwar auf abstrakter Ebene als erheblich angesehen, doch nicht als so erheblich, dass dies zur Bereitschaft führen würde, über einfache Routinemaßnahmen hinaus aktiv zu werden“, konstatieren die Autoren zum Ende des Berichts.

Neumann sieht die Schuld nicht bei den Bürgern. Jahrelange Versäumnisse ließen sich auch mit dem Rückenwind des NSA-Skandals nicht kurzfristig aufholen. „Das liegt auch an der Open Source- und Hackerbewegung. Wir haben es nicht geschafft, sichere und dezentrale Alternativen zur Verfügung zu stellen, die mit der Nutzerfreundlichkeit von Facebook konkurrieren können.“

Doch daran soll sich etwas ändern. „Wir müssen der Massenüberwachung etwas entgegensetzen. Ein erster Schritt sind Systeme und Apps, die den Aufwand für eine Massenüberwachung erhöhen.“ Diese eignen sich zwar nicht für Staatsgeheimnisse – aber für die alltägliche Internetnutzung. Vielleicht wird das die Ergebnisse des „Freiheitsindex 2015“ beeinflussen.

© 2014 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

[Nutzungsbedingungen](#) | [Impressum](#) | [Datenschutz](#) | [Mediadaten-Online](#) | [Mediadaten-Print](#)
[Archiv](#) | [Kontakt](#)
